



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.  
im Rat der Stadt Köln

An Herrn Oberbürgermeister Jürgen Roters

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 03.12.2013

**AN/1489/2013**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	17.12.2013

**Asylindustrie in Köln bekämpfen – Asylmissbrauch stoppen!**

**Schadensersatzansprüche der Stadt Köln gegenüber der Asyllobby und ggf. ihren Helfern geltend machen!**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
Sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion der Bürgerbewegung PRO KÖLN bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Ratssitzung am 17. Dezember 2013 zu setzen:

**Beschluss**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ihre Verhandlungspartner bei der dramatisch gestiegenen Anzahl an illegalen Flüchtlingen diesen Zustand bewusst herbeiführen, um höhere Profite bei der Vermietung ihrer Objekte zu erzielen.

Die Verwaltung wird beauftragt, allen Trägern, die in ihrer Beratungstätigkeit und ihrem sonstigen Wirken Dritte zum Begehen von Straftaten zu ermuntern oder sonst wie in diesem Sinne behilflich sind, die Zusammenarbeit sofort aufzukündigen.

Die Verwaltung wird beauftragt gegen alle Personen, die im Verdacht stehen sich im oben genannten Sinne strafbar gemacht zu haben, Anzeige zu erstatten, um ggf. auf diesem Wege Schadensersatzforderungen geltend zu machen.

**Begründung**

Die Stadt Köln wird seit einiger Zeit von einer andauernden und stetigen Anzahl von Armutszuwanderern heimgesucht. Ein Großteil dieser Personen ist illegal in unser Land eingereist und erwartet von der Stadt Köln Sozialleistungen bzw. eine bezahlte Unterbringung und Versorgung. Dieser Zustand hat dazu geführt, dass wir eine von außen indizierte Wohnungsnot in unserer Stadt haben.

Die Verwaltung gerät bei der Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten daher immer stärker unter Druck, was marktbedingt zu höheren Kosten bei Vertragsabschlüssen führt, da die Stadt Köln sich in einer inferioren Position befindet.

Umso mehr befremdet es, wenn Asyllobbyisten an führender Stelle, wie der Direktor der Kölner Caritas Peter Krücker, fordert, es müssen noch mehr Flüchtlinge in die Stadt kommen. Herr Krücker ist auch betriebswirtschaftlich dafür verantwortlich, für Objekte, die er an die Stadt Köln vermietet, eine hohe Rendite herauszuholen. Dieses „Doppelmandat“ führt zu einem unausweichlichen Interessenskonflikt, der sich diametral gegenübersteht.

So tritt er zum Beispiel bei den Verhandlungen über die Vermietung des Klarissenkloster in Köln-Kalk auf der Vermieterseite auf, während er gleichzeitig als Vorsitzender des Runden Tisches für Flüchtlingsfragen politisch dafür sorgt, dass noch mehr Flüchtlinge hierher kommen und das so die Stadt Köln unter Zugzwang gebracht wird, die Unterbringung von Flüchtlingen zu bewerkstelligen. Diese Drucksituation führt dazu, dass die Stadt Köln zwangsläufig überhöhte Preise für die Miete zahlen muss.

Gez.

**Jörg Uckermann**